



Antrag

der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abgeordneten des SSW

Fortentwicklung der Verwaltungsreform

Drucksache 15/2825

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bis zur 37. Tagung einen schriftlichen Bericht zur Fortentwicklung der Verwaltungsreform vorzulegen. Der Bericht soll die konkreten Vorstellungen der Landesregierung über die Zuordnung der öffentlichen Aufgaben des Landes, den Abbau von Vorschriften, die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren, die Fortsetzung der Kooperation mit anderen Bundesländern und sonstige Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Straffung der Verwaltung enthalten.

Im Einzelnen soll die Landesregierung prüfen

1. die optimale Zuordnung der öffentlichen Aufgaben des Landes für jedes Regierungsressort mit seinen jeweils nachgeordneten oberen und unteren Landesbehörden und hier insbesondere,
 - a) die Möglichkeit des Verzichts auf Landesaufgaben als Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge,
 - b) die Möglichkeit der Übertragung von Landesaufgaben auf private Dritte oder - unter Beachtung des Konnexitätsprinzips – auf die kommunale Ebene,
 - c) die Möglichkeit der Zusammenlegung von Landesaufgaben auf staatlicher und/oder kommunaler Ebene,
2. den Abbau von Vorschriften und hier
 - a) die Reduzierung von Regelwerken unterhalb der Schwelle von Gesetzen und Verordnungen (Richtlinien und Erlasse),
 - b) die grundsätzliche zeitliche Befristung von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften,
3. die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren und hier
 - a) die Beseitigung behördlicher Doppel- und Mehrfachzuständigkeiten,
 - b) die Reduzierung des internen Verfahrens- und Verwaltungsaufwands bei der Verwaltungsmodernisierung,
4. die Fortsetzung der Kooperation mit anderen Bundesländern und hier

- a) die Schaffung weiterer gemeinsamer Einrichtungen der norddeutschen Bundesländer,
 - b) die Errichtung eines gemeinsamen Beschaffungswesens mit anderen Bundesländern,
5. sonstige Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Straffung der Verwaltung und hier
- a) eine gemeinsame Entwicklung von E-Government-Strukturen und –Prozessen zwischen Land und Kommunen,
 - b) die Effizienz von Zielvereinbarungen und Projektförderungen bei Förderprogrammen,
 - c) die Reduzierung der verschiedenen Formen der Mit- und Mischfinanzierung bei Förderprogrammen,
 - d) die Reduzierung des Aufwands bei der Überprüfung von Verwendungsnachweisen,
 - e) die Reduzierung der Zahl der Statistiken.

Klaus-Peter Puls
und Fraktion

Klaus Schlie
und Fraktion

Wolfgang Kubicki
und Fraktion

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion

Silke Hinrichsen